

**Evaluation Beitritt zum Tarifverbund  
Libero / Postulat 259.04**

---

**Anfrage**

Am 14. Oktober 2004 habe ich zusammen mit Grossrat Nicolas Bürgisser das obgenannte Postulat deponiert. Mit Datum vom 22. Februar 2005 hat der Staatsrat in seiner Antwort dem Grossen Rat vorgeschlagen das Postulat erheblich zu erklären. Eine Mehrheit des Grossen Rates folgte diesem Vorschlag und überwies das Postulat dem Staatsrat zur Ausarbeitung eines entsprechenden Berichtes innerhalb der im Grossratsgesetz vorgesehenen Frist von einem Jahr. In der Zwischenzeit wurde der innerkantonale Tarifverbund Frimobil eingeführt. Obwohl die gesetzlich vorgesehene Frist von einem Jahr längst abgelaufen ist, fehlt der Bericht des Staatsrates nach wie vor. Aufgrund dieses Sachverhaltes bitte ich den Staatsrat um Stellungnahme zu den folgenden Fragen:

1. Mit welcher Begründung wird die gesetzlich vorgesehenen Frist für die Ausarbeitung eines Berichtes zu einem Postulat kommentarlos ignoriert?
2. Werden parlamentarische Vorstösse von Grossräten mit dem nötigen Respekt und der nötigen Ernsthaftigkeit entgegengenommen und bearbeitet?
3. Was gedenkt der Staatsrat für die Pendler vor allem aus dem See- und Sensebezirk Richtung Bern zu tun, dass diese endlich in den Genuss der Vorteile des Tarifverbundes Libero kommen?

29. Mai 2007

**Antwort des Staatsrats**

1. Das Postulat Nr. 259.04 Heinz Etter / Nicolas Bürgisser wurde vom Grossen Rat am 12. Mai 2005 erheblich erklärt. Der entsprechende Bericht wurde vom Staatsrat am 3. Juli 2007 genehmigt.

Dass die gesetzliche Frist nicht eingehalten werden konnte, liegt daran, dass das Dossier der Tarifverbände sehr komplex ist, da es nicht nur den im Postulat erwähnten Tarifverbund der Agglomeration Bern betrifft, sondern auch den des Kantons Freiburg (Frimobil) und den der Agglomeration Lausanne (Mobilis). Wäre die Frist beachtet worden, hätten die im Bericht vom 3. Juli 2007 enthaltenen Auskünfte nicht geliefert werden können, da der Tarifverbund Frimobil erst am 10. Dezember 2006 eingeführt wurde und die unter der Leitung von Frimobil durchgeführten Verhandlungen im Hinblick auf kombinierte Angebote mit den Tarifverbänden Libero und Mobilis erst nach diesem Datum gestartet wurden.

2. Trotz einzelner Fristenüberschreitungen manchmal infolge administrativer Überlastung oder wie im vorliegenden Fall infolge der Notwendigkeit, die für die Verfassung einer Antwort oder eines Berichts relevanten Elemente abzuwarten, ist der Staatsrat der Meinung, dass parlamentarische Vorstösse mit dem nötigen Respekt und der nötigen Ernsthaftigkeit behandelt werden.

3. In seinem Bericht vom 3. Juli 2007 erwähnte der Staatsrat ausdrücklich, dass Angebote, die die Mobilität in Richtung der Agglomerationen von Bern und Lausanne begünstigen, die Einwilligung aller betroffenen Verkehrsunternehmen und Kantone erfordern. Die Verhandlungen mit dem Tarifverbund Libero gestalten sich aufgrund divergierender Interessen schwieriger als erwartet und sind immer noch im Gange. Der Staatsrat verfolgt das Dossier jedoch sehr aufmerksam und bestätigt seinen Wunsch, dass die Benutzer des öffentlichen Verkehrs ab Ende 2008 von den gewünschten kombinierten Angeboten profitieren können.

Freiburg, den 1. Juli 2008